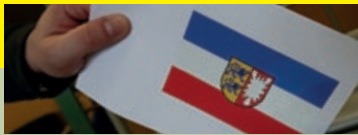




Carsten Buehling: Auf Gewerkschafter kommt es an
Leonhard Regneri: Taxonomie ohne Gewerkschaften?

Beiträge u.a. von

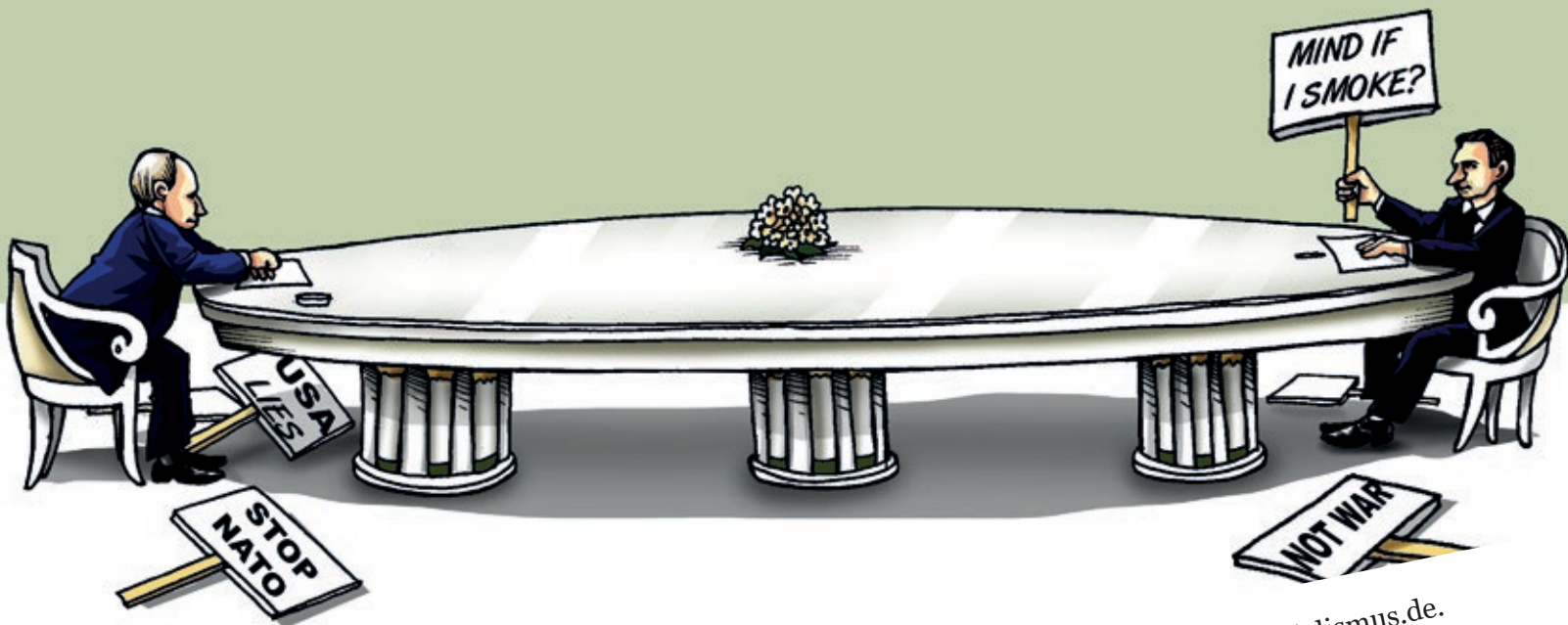
Gine Elsner, Ulrike Eifler, Heinz Bierbaum, Jan Richter, Klaus Busch, Klaus Dörre, Friedrich Steinfeld, Björn Radke, Joachim Bischoff, Bernhard Müller



Forum Gewerkschaften



MISSION: IMPOSSIBLE



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Eingetrübte Aussichten für Wirtschaftswachstum

Die aktuelle Omikron-Welle in der seit zwei Jahren wütenden Pandemie läuft langsam aus. Etliche Staaten nehmen die erlassenen Mobilitätseinschränkungen zurück. Im Jahr 2022 könnte der Übergang in ein epidemisches Stadium der Virus-Erkrankungen erreicht werden.

Autonomie und politisches Mandat

Die Personalfindung gestaltete sich schwierig und war von heftigen Querelen begleitet. Nach langem Gewürge einigte sich der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) auf Yasmin Fahimi als Nachfolgerin für den scheidenden Vorsitzenden Reiner Hoffmann.

Polizeiermittlungen im Amt- sitz des Premierministers

Kratzbüristig wie immer reagierte der britische Premierminister Boris Johnson auf die zahlreichen Rufe aus Politik und Öffentlichkeit nach seinem Rücktritt. Noch toleriert die Tory-Fraktion den ein weiteres Mal als Lügner enttarnten Regierungschef.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Heft Nr. 3 | März 2022 | 49. Jahrgang | Heft Nr. 470

Friedrich Steinfeld:

Am Rande eines großen Krieges – der Russland-Ukraine-NATO Konflikt
Kontrollverlust des Westens und europäische Konflikt-Diplomatie 2

Auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung

Klaus Busch: Zwischen Supranationalisierung, Re-Nationalisierung und
»muddling through«. Der Weg der EU in aktuellen Integrationskonflikten 6

Wolfgang Müller: VR China: Entwicklungskrise durch Immobilienblase? 12

Otto König/Richard Detje: Soziale Aufstände führen zu Machtwechseln
Eine zweite progressive Welle rollt durch Lateinamerika und die Karibik 17

Politische Kräfteverhältnisse in der Berliner Republik

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Vor einem neuen sozialdemokratischen
Jahrzehnt? Veränderungen im Alltagsbewusstsein 20

Björn Radke: Die CDU bekämpft einen möglichen Politikwechsel
Vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein 27

Klaus Dörre: Sozialer Konflikt um Mobilität und Klimagerechtigkeit 34

Heinz Bierbaum/Ulrike Eifler/Jan Richter:

Der neue Gewerkschaftsrat der LINKEN 41

Forum Gewerkschaften

Carsten Büchling: Auf die gewerkschaftlich Aktiven in den Betriebsräten
kommt es (auch) an! 44

Forum Gewerkschaften: Arbeiten unter erschwerten Bedingungen
Corona und die Arbeitswelt: Report des DGB-Index Gute Arbeit 47

Leonhard Regneri:
Soziale Standards der ökologischen Transformation ohne Gewerkschaften? . . . 50

Norbert Lenhard: Klassenkampf in Bayern – der Metallarbeiterstreik 1954
Lehren aus der Geschichte 56

Aufklärung kommt an Grenzen | Buchbesprechung

Gine Elsner:
Impfgegner und deutsche Besonderheiten 59

Hanno Plass:
Gibt es eine originär afrikanische Architektur? 62

Impressum | Termine | Film

Impressum 63

Tipps zum Hingehen oder Online 64

Klaus Schneider: Legal Affairs (Filmkritik) 65

Supplement

Stephan Krüger

Geld und Inflation

Vom internationalen Goldstandard zum Zentralbank-Kapitalismus

Am Rande eines großen Krieges: der Russland-Ukraine-NATO-Konflikt

Kontrollverlust des Westens und europäische Konflikt-Diplomatie

von ■ Friedrich Steinfeld



JCCC-Beobachter in der Ukraine (Foto: picture alliance)

Russland will als Großmacht neben den USA und China respektiert werden. In scharfem Tonfall hat das Land die USA zum Abzug der NATO-Streitkräfte aus den osteuropäischen Staaten aufgefordert. Der Auf- und Ausbau der militärischen Infrastruktur verletze die vertraglichen Sicherheitsgarantien für Russland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Als Begleitung zu diesen Forderungen hat Russland ein Großmanöver mit ca. 130.000 Militärpersonen angesetzt. Moskau hat im Nervenkrieg mit der NATO den Einsatz erhöht und eine Übung seiner Atomstreitkräfte angeschlossen. Sie fand laut russischem Verteidigungsministerium unter Führung von Präsident Wladimir Putin statt.

Dieser Erklärung widerspricht die NATO. US-Präsident Joe Biden sagte, alles deute darauf hin, dass Russland zu einem Angriff bereit sei. Dieser könne in den nächsten Tagen erfolgen. Die Gefahr einer Invasion sei sehr hoch. Auch die britische Regierung rechnet nach eigenen Angaben mit einem Angriff. Seit den Warnungen vor Saddam Husseins Vernichtungswaffen steht es allerdings

mit der Glaubwürdigkeit des politisch-nachrichtendienstlichen Komplexes in den USA nicht zum Besten. Washington hat ein bisschen zu oft gelogen.

Fakt ist: Russland hat Truppen und militärisches Gerät an der Grenze zur Ukraine in einer seit Jahrzehnten nicht mehr gekannten Größenordnung zusammengezogen, und damit eine massive militärische Drohkulisse aufgebaut, um seine dem Westen übermittelten Forderungen nach »verbindlichen Sicherheitsgarantien« in Europa in aggressiver Form Nachdruck zu verleihen. Unter anderem werden ein Ende der NATO-Osterweiterung (insbesondere Verhinderung einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens) sowie ein Rückzug der NATO auf die Positionen von 1997 gefordert.

In ihrer Antwort wiesen die USA und die NATO die russischen Forderungen als in weiten Teilen unannehmbar zurück, betonten aber, dass man die bestehenden militärischen Kommunikationskanäle in vollem Umfang nutzen wolle, um die Transparenz zu fördern und Risiken zu verringern. Konkret schlage man in einem ersten Schritt im NATO-

Russland-Rat gegenseitige Unterrichtungen zu Manövern und Nuklearpolitik vor. Auch solle das Wiener Dokument – ein zentrales Instrument zur Vertrauensbildung zwischen den Mitgliedsstaaten der OSZE – zur militärischen Transparenz modernisiert werden. In einer Antwort darauf warf Russland den USA vor, nicht an einer Verbesserung der Sicherheitslage in Europa interessiert zu sein. Gespräche über einzelne Aspekte der Rüstungskontrolle ohne Berücksichtigung des gesamten russischen Forderungspaketes werden abgelehnt. Russland werde daher zu Reaktionen gezwungen sein, »darunter auch zu Maßnahmen militärisch-technischen Charakters«.

Unterdessen verstärken sich auch die militärischen Auseinandersetzungen im Bürgerkrieg in der Ostukraine. Zur Deeskalation in diesem Krieg fordert Russland den Westen auf, die ukrainische Regierung zur Verwirklichung der Minsker Vereinbarungen von 2014/2015 zu zwingen, alle Waffenlieferungen an die Ukraine einzustellen, die bereits gelieferten Waffen wieder zurückzunehmen sowie alle westlichen Berater und

Instrukteure abzuziehen und auf jegliche gemeinsamen Übungen der NATO mit ukrainischen Streitkräften zu verzichten.

Der Westen hat im Falle einer militärischen Intervention – vergleichbar der Annexion der Krim – schärfste Sanktionen angekündigt, darunter auch die Außerkraftsetzung der mit Russland 1997 geschlossenen Grundakte, in der Einschränkungen der militärischen Präsenz der NATO in den osteuropäischen NATO-Mitgliedsländern festgelegt sind, wie zum Beispiel die Nichtstationierung von Nuklearwaffen. Die USA führen darüber hinaus einen intensiven Informations- und Kommunikationskrieg, um gegenüber russischen Narrativen die Deutungshoheit über diesen Konflikt zu erlangen.

Russland und China haben während der Eröffnung der Olympischen Winterspiele in Peking öffentlichkeitswirksam den geo-strategischen Schulterschluss beider Länder vollzogen. In einer gemeinsamen Erklärung von Putin und Xi stellt sich China in bisher ungekannt klarer Weise hinter die russische Forderung an USA und NATO nach »Sicherheitsgarantien« und nach Ablehnung jeder zukünftigen NATO-Erweiterung. Im Gegenzug bekräftigt Putin seine schon früher geäußerte Position, dass Russland Taiwan als »unveräußerlichen Teil Chinas« betrachtet, und schließt sich der chinesischen Kritik am Sicherheitspakt der USA, Australiens und Großbritanniens im Indopazifik (AUKUS) an, der erklärtermaßen die Eindämmung Chinas zum Ziel hat.

Dadurch dass der französische Präsident Macron und Bundeskanzler Scholz die diplomatische Initiative ergriffen haben und direkte Gespräche mit der ukrainischen Regierung und mit Putin führten, konnten sie die Rolle Europas im geo-politischen Spannungsfeld wieder etwas aufwerten und die Fortsetzung des Dialogs zwischen dem Westen und Russland zunächst absichern. Macron und Scholz stellten jeweils fest, dass Sicherheit in Europa nicht gegen, sondern nur mit Russland zu erreichen sei.

Der harte Kern des Konflikts

Der Kern des Konfliktes dreht sich vor allem um zwei Dokumente der OSZE: die im November 1999 in Istanbul unterzeichnete Europäische Sicherheitscharta und die Erklärung von Astana von Dezember 2010. In beiden Dokumenten geht es um das Prinzip der »unteilbaren Sicherheit«. Nach diesem Grundsatz darf keiner der Teilnehmerstaaten seine Sicherheit auf Kosten anderer Staaten festigen. Andererseits wird in beiden Dokumenten das Recht eines jeden Staates bekräftigt, selbst darüber zu entscheiden, welchen Bündnissen er angehören möchte. Beide Grundsätze können, wie die historische Entwicklung seitdem gezeigt hat, miteinander in Kollision geraten und müssen daher neu verhandelt werden.

Was verbirgt sich hinter dieser Entwicklung?

Angesichts der Verlagerung der Schwerpunkte der Weltwirtschaft nach Asien und des als immer stärkere systemische Bedrohung des Westens wahrgenommenen Aufstiegs Chinas zu einer neuen Weltmacht blieb die gefährliche Bruchzone, die sich quer durch Europa vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer zieht, vom Westen weitgehend unbeachtet. Dabei sind im unruhigen Randgebiet der ehemaligen Sowjetunion alle Auseinandersetzungen nur vorläufig eingefrorene Konflikte. Hier geht es neben massiven wirtschaftlich-sozialen Konflikten auch um ethnische und religiöse Auseinandersetzungen. Tauen die Konflikte auf, treten sofort Spannungen auf, wie 2008 in Georgien und 2014 in der Ukraine. Der Westen hätte vorgewarnet sein können.

Die Staaten des kapitalistischen Westens hatten Russland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zwar in einer Mischung aus Idealismus und Paternalismus eine »Modernisierungspartnerschaft« angeboten, dabei aber ignoriert, dass die russische Elite ihr System nie modernisieren wollte, sondern an den kleptokratischen und autoritären Strukturen festhielt. Russland wie die Nachfolgestaaten der Sowjetunion wurden zu Heimstätten eines »crony capitalism«. Die Vermischung von wirtschaftlichen, politischen und persönlichen

Strukturen bei der Wertschöpfung ist hier integraler Bestandteil des Systems, das durch Einsatz von Staatsmacht auf die Spitze getrieben wird.

In der Folge missachtete der Westen auch die wachsende Verbitterung Russlands über die neue Machtverteilung in Europa. Von einer Politik der Sicherheitspartnerschaft mit Russland war keine Rede mehr. Nach der Implosion der Sowjetunion und des Warschauer Paktes sind 14 osteuropäische Staaten und ehemalige Sowjetrepubliken der NATO beigetreten.

Es war schließlich US-Präsident George W. Bush, der glaubte, die Gunst relativer russischer Schwäche für eine Ausweitung der NATO noch weiter nach Osten nutzen zu können. Bush brachte den entsprechenden Vorschlag 2008 bei einem NATO-Gipfel in Bukarest ein. Putin reagierte schon seinerzeit empört: »Wir betrachten die Ankunft eines Militärblocks an unseren Grenzen, dessen Verpflichtungen zur Mitgliedschaft Artikel 5 einschließt, als eine direkte Bedrohung der Sicherheit unseres Landes.« (Deutsche Welle – Made for minds –, Online-Beitrag vom 12.2.2022).

Die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy verhinderten seinerzeit den sofortigen Beitritt der Ukraine und Georgiens zur NATO. Für eine Mitgliedschaft sei es zu früh, so Merkel damals. Aber unstrittig sei, dass die Ukraine und Georgien eine Perspektive für den Beitritt erhalten. Interessanterweise verwies Merkel darauf, dass eine Mitgliedschaft in der ukrainischen Bevölkerung durchaus kontrovers diskutiert werde. Daran hat sich bis heute nichts geändert. In einer Umfrage vom Dezember 2021 sprachen sich nur 54% der Ukrainer*innen für einen NATO-Beitritt aus.

Statt einem NATO-Beitritt der Ukraine und Georgiens ein für alle Mal einen Riegel vorzuschieben – der Einspruch auch nur eines einzigen bisherigen NATO-Mitglieds hätte ihn verhindert – befeuerte das Versprechen der NATO

Friedrich Steinfeld arbeitet in der Sozialistischen Studiengruppe (SOST). Zuletzt schrieb er in Heft 2-2022 von Sozialismus.de zu »Neue Welt(un)ordnung im Zeitalter sozialer und ökologischer Transformation«.

das Streben der Ukraine nach einer Mitgliedschaft. Im Februar 2019 wurde das Ziel eines NATO- sowie eines EU-Beitritts sogar in der ukrainischen Verfassung festgeschrieben.

Vonseiten der NATO wurde der Ukraine 2018 auch offiziell der Status eines Beitrittskandidaten verliehen. In einer Erklärung dazu hieß es: »Die Tür der NATO steht jedem europäischen Land offen, das in der Lage ist, das Engagement und die Verpflichtungen der Mitgliedschaft zu erfüllen und zur Sicherheit im euro-atlantischen Raum beizutragen.« Dieses NATO-Statement ignorierte erneut die schon damals äußerst angespannte geo-strategische Lage in Ost-Europa und widersprach auch den eigenen Aufnahmeregeln. Denn mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland und dem Bürgerkrieg in den ukrainischen Ostgebieten war die Ukraine bereits in einen massiven Konflikt mit Russland geraten. Und es besteht ein Grundkonsens innerhalb der NATO, kein Neumitglied aufzunehmen, das sich in einer Konfliktsituation befindet.

Als Reaktion auf diese geostrategischen Fehlkalkulationen des Westens hat die russische politische Klasse mit der Truppenkonzentration an der ukrainischen Grenze die westliche Aufmerksamkeit erzwungen. Und wie immer, wenn eine westliche Selbsttäuschung an der Realität zerschellt, ist die Aufregung in der herrschenden politischen Klasse und in den Medien groß. Und wie immer pflegt man dann die Gegenseite, in diesem Fall Putin, für die missliche Lage allein verantwortlich zu machen. Putins geo-strategische Absichten werden dabei mit allerlei Projektionen aufgeladen und mystifiziert.

Halten wir uns an die Fakten: Sollte Russland tatsächlich eine Invasion in der Ukraine geplant haben, wäre aus militärischer Sicht ein Überraschungsangriff zur schnellen Schaffung von Fakten die geeignetste Strategie gewesen, so auch General a. D. Harald Kujat. Da das nicht geschah, könne man davon ausgehen, »dass solch ein Angriff nie geplant war.«¹ Zumal die Folgen für Russland weitaus gravierender ausfallen würden als die des Afghanistankrieges. Dieses Trauma ist in Russland noch immer gegenwärtig und die russische Führung ist

sich der immensen Kosten und innenpolitischen Folgen durchaus bewusst.

Wichtig zum Verständnis des Konfliktes um die Ukraine ist ein Auseinanderhalten von zwei Ebenen:

■ Die Ukraine ist für Russland wegen der »Volksrepubliken« Donezk und Lugansk »ein drängendes Problem, dessen Lösung überfällig ist.«² In diesen Gebieten, die von weiterhin zu Kiew loyalen Bewohner*innen nahezu vollständig verlassen wurden, verbinden die Menschen große Hoffnungen mit Moskau, das vor allem mit Arbeitsplätzen, Sozialprogrammen und »Einiges Russland« assoziiert wird. Die Ukraine ist, wie viele andere ehemalige Sowjetrepubliken auch, ein multiethnischer Staat. Es leben dort Menschen u. a. Polen, Rumänen, Bulgaren, Deutsche, Griechen, Tataren, Ukrainer und Russen, wobei die Grenze zwischen den letzten beiden Gruppen fließend ist und eher eine politisch-kulturelle Selbstdefinition darstellt. Im Donbass fand im Mai 2014 ein Referendum statt, in dem die Mehrheit für die Unabhängigkeit von der Ukraine stimmte. Daraus entwickelte sich ein Bürgerkrieg.

■ Andererseits ist die Krise um die Ukraine aus russischer Sicht vor allem ein »Katalysator« für ein wesentlich weiterreichendes Ziel: die »Neugestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur zu russischen Konditionen.«³ Am 27. Mai 1997 trat die NATO-Russland-Grundakte in Kraft trat. Ungeachtet der dadurch eingeleiteten politischen Abstimmung und militärischen Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland hat die Grundakte aus russischer Sicht nichts zur Wahrung russischer Sicherheitsinteressen beigetragen, sondern die Sicherheitslage ist unter anderem durch die NATO-Erweiterung und die verstärkte Präsenz der Vereinigten Staaten in Osteuropa zum Nachteil Russlands verändert worden.

Die USA haben wichtige Rüstungskontrollverträge gekündigt, und die NATO ein System zur Abwehr ballistischer Raketen installiert, das Russland als Bedrohung des nuklearstrategischen Gleichgewichts mit den Vereinigten Staaten betrachtet. Diese geostrategi-

schen Nachteile und Risiken für Russlands Sicherheit will Putin nun beheben, und einer weiteren Entwicklung zulasten Russlands einen Riegel vorschieben.

Lösungswege aus der Krise

Macron und Scholz haben mit ihrer Konflikt-Diplomatie Bewegung in die verhärteten Fronten zwischen der Ukraine und Russland gebracht.

Scholz brachte für Putin die »feste Zusage« des ukrainischen Präsidenten Selenskyj mit, dass in Kürze alle drei Gesetzestexte vorliegen werden, die für eine Aktualisierung des Minsk-Prozesses unverzichtbar sind: zum Status der Ost-Ukraine, zu einer Verfassungsänderung und zur Vorbereitung von Wahlen. Als positives Zeichen ist auch zu werten, dass Putin die Aufforderung der russischen Duma, die »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk als »unabhängige Staaten« anzuerkennen, für unvereinbar mit dem Minsker Abkommen hält. Das Donbass-Problem sei vor allem über dieses Abkommen zu lösen. Darüber hinaus will Scholz Verhandlungen über die Sicherheit in Europa führen. Rüstungskontrolle und Transparenz in Fragen der Abschreckung seien für Deutschland und den Westen insgesamt wichtig.

Wie belastbar die Zusagen des ukrainischen Präsidenten in Bezug auf reale Fortschritte im Minsk-Prozess sind, wird sich in der Zukunft erweisen müssen. Auch bezogen auf die von Scholz angestrebten Verhandlungen zur Sicherheit in Europa und zur Rüstungskontrolle muss es erst mal zu einem entsprechenden Verhandlungsprozess kommen, bei dem Deutschland und Europa eher am Katzentisch sitzen werden und die USA als westliche Führungsmacht die Federführung übernehmen und damit auch ihre geo-strategischen Interessen einbringen werden.

Außerdem sind weitere zentrale Fragen offen, die der Klärung im Verhandlungswege bedürfen:

■ Klärung des zukünftigen Status der Ukraine im Sinne einer »konsolidierten Neutralität« des Landes. Angesichts der massiven Konflikteskalation mit Russland scheint sich auch in der ukrainischen Regierung mehr Realitätsbewusstsein zu entwickeln,

wenn Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj beim Besuch des deutschen Kanzlers davon spricht, dass eine NATO-Mitgliedschaft vielleicht nur »ein Traum« sei. Insofern könnte der derzeitige Status der Ukraine im NATO-Wartesaal in Form eines Memorandums auf unabsehbare Zeit eingefroren werden.

- Die sich mit großer Dynamik verändernden geo-politischen Rahmenbedingungen sowie die wesentlich von neuen Waffentechnologien und dem Wandel militärischer Strategien geprägten Sicherheitslage erfordern, so Kujat, eine Neujustierung der europäischen Sicherheitsarchitektur mit dem Ziel, eine zukunftsfeste Grundlage für die Selbstbehauptung Europas in der neu entstandenen Weltordnung der rivalisierenden Weltmächte China, Russland und den USA zu schaffen. Dieses Ziel ist erreichbar, vorausgesetzt, Russland und die NATO mit ihren europäischen und nordamerikanischen Mitgliedsstaaten sind bereit, die legitimen Sicherheitsinteressen aller Beteiligten anzuerkennen und zu respektieren. Dafür bieten sich die verschiedenen Formate des NATO-Russland-Rates an.

Ausgehend von den grundsätzlichen sicherheitspolitischen Themen könnten in einem zweiten Schritt die strategischen Probleme und danach oder auch parallel in den üblichen Gremien die dringend notwendigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen verhandelt werden.

Was ist in diesen Abrüstungs- und Rüstungskontroll-Verhandlungen wie und wo neu zu verhandeln?

- Anpassung des Vertrages über die konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) mit dem Ziel, unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen die konventionellen Streitkräfte zu begrenzen sowie Obergrenzen für Manöver, die Einladung von Manöverbeobachtern und vertrauensbildende militärische Maßnahmen vertraglich zu regeln.
- Verhandlungen zu einem neuen INF-II-Vertrag über ein Verbot nuklearer Mittelstreckenwaffen. Dazu gehören als flankierende Maßnahmen die Begrenzung von konventionellen und

nuklearfähigen hypersonischen Waffensystemen, von nuklearen Kurzstreckenwaffen sowie das Verbot, diese in bestimmten Regionen zu dislokieren.

- Verhandlungen über einen neuen Rakettenabwehrvertrag zwischen Russland und den USA als wichtigen Beitrag zur nuklearstrategischen Stabilität der beiden Supermächte. Auch Einbeziehung der Fragen von Begrenzung und Kontrolle ballistischer Raketenabwehrsysteme in Europa.
- Aufrechterhaltung des durch die amerikanische Kündigung gefährdeten Vertrages über den »Offenen Himmel«. Er erlaubt den 27 Vertragsstaaten, gegenseitig ihre Territorien zu überfliegen und mit technischen Sensoren Lagebilder zu erstellen.

Trotz der überzogenen Forderungen Russlands sind Verhandlungen zu den offenen und strittigen Fragen nicht aussichtslos. Russland braucht ebenso einen Erfolg wie die Vereinigten Staaten. Und für Europa geht es um bedeutend mehr als eine kurzfristige Einigung: Es geht um die langfristige Sicherheit des Kontinents. Die NATO sollte, so Kujat, allerdings auch ein Scheitern der Verhandlungen mit Russland einkalkulieren. Die Folgen wären eine Verschärfung der militärischen Konfrontation und ein Anstieg der Risiken für die Ukraine. Sollte die Ukraine – auf den Beistand des Westens vertrauend – sich stark genug fühlen, die Krim zurückzuerobern, würde dies unweigerlich einen russischen Angriff auslösen. Georgien hat diese Erfahrung im Jahr 2008 machen müssen.

Wirtschaftssanktionen sind ein zweischneidiges Schwert und würden nicht nur für Russland, sondern auch für die EU gravierende wirtschaftliche Nachteile mit sich bringen. Der Aufreger Nordstream II ist zwar für die Energieversorgung Deutschlands wichtig, hat aber weder für Deutschland noch für Russland eine geostrategische Bedeutung. Russland verfügt über geeignete Alternativen und könnte zudem als Gegenreaktion auf Sanktionen und/oder die Nichtinbetriebnahme der Pipeline Lieferungen durch die Ukraine-Pipelines unterbrechen. Überhaupt hätte nur ein geschlossenes Vorgehen

des Westens einige Aussicht auf Erfolg. Dazu müssten auch die Vereinigten Staaten ihren Rohölimport aus Russland einstellen. Das Land nimmt nach einer erheblichen Steigerung der Importe derzeit immerhin den dritten Platz als Rohöl-Lieferant der USA ein.

Wenn die EU nicht imstande ist, das Sicherheitsproblem in der Ukraine politisch zu lösen, dann muss sie es ökonomisch tun. Die EU hat der Ukraine über die letzten Jahre bereits 4,4 Mrd. Euro geliehen, aber diese Unterstützungszahlungen reichen nicht aus, wenn man die Ukraine langfristig an die EU binden will.

Fazit

Zur Konfliktlösung muss Russland von seinen Maximalforderungen abrücken, ein Rückzug der NATO auf die Position von 1997 wird Russland nicht durchsetzen können. Im Gegenzug muss der Westen seine bisherige Geo-Strategie gegenüber Russland und letztlich auch gegenüber China grundlegend überdenken. Europa könnte hierbei eine konstruktive Vorreiterrolle übernehmen. Für alle Konfliktparteien gilt: Die erfolgreiche Bewältigung der enormen Herausforderungen einer sozialen und ökologischen Transformation im nationalen, supra-nationalen und globalen Maßstab ist an eine neue europäische und letztlich auch globale Sicherheitsarchitektur als unabdingbare Voraussetzung gekoppelt.

¹ Harald Kujat, Der Westen muss mit Russland verhandeln, aus der Position der Stärke heraus, in: DWN – Deutsche Wirtschaftsnews vom 10.1.2022. Kujat (Jahrgang 1942) war nach seiner Zeit als Generalinspekteur von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Russland-Rates und der NATO-Ukraine-Kommission sowie als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses der ranghöchste NATO-General. Siehe hierzu auch: Joachim Bischoff/Friedrich Steinfeld, Droht ein neuer Krieg?, in Sozialismus.deAktuell vom 4.2.2022

² Ebd. Der russische Präsident Putin hat nun am 21.2.2022 erklärt, dass die Lösung dieses Problems überfällig sei, dass Russland die »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk als eigenständige Staaten anerkennt und diese auch militärisch unterstützen wird. Damit ist das Minsker Abkommen endgültig gescheitert. In den Verhandlungen über dieses Abkommen hatte die Ukraine wenig Bewegung gezeigt, um die ausstehenden Regelungen (zum Status der Ost-Ukraine, zu einer Verfassungsänderung und zur Vorbereitung von Wahlen) zu erfüllen.

³ Ebd.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

